

## Was 2020 alles passieren sollte

*Welt, 30.12.2020, Axel Bojanowski*

Hunger, Wassermangel, Kriege: Für dieses Jahr hatten Forscher und Politiker aufgrund der globalen Erwärmung zahlreiche Katastrophen prophezeit. Die Desaster blieben aus – wenigstens eine gute Nachricht im Corona-Jahr.

Vor gut 25 Jahren, am 17. März 1995, schaffte es der Wissenschaftliche Umweltbeirat der Bundesregierung (WBGU) mit einer Mahnung in die „Tagesschau“: Würde weiterhin so viel Treibhausgas wie bisher in die Luft gelangen, „wäre ein Gegensteuern in rund 25 Jahren nicht mehr möglich“, zitierte die Sprecherin aus dem soeben veröffentlichten WBGU-Gutachten. Die 25 Jahre sind dieses Jahr abgelaufen, und der Ausstoß an Treibhausgasen konnte nicht gebremst werden. Doch längst gaben Wissenschaftler neue Fristen raus, nach deren Ablauf eine Klimakatastrophe angeblich nicht mehr aufzuhalten wäre.

Andere Forscher kritisieren solche Klimavorhersagen. Sie rufen dazu auf, den Terminismus zu unterlassen, der Fristen vorgibt für Klimadesaster. Der Klimaterminismus sei der Versuch, die Gefährlichkeit des Klimawandels zu quantifizieren, schrieb eine Gruppe um Mike Hulme von der University of Cambridge und Oliver Geden von der Stiftung Wissenschaft und Politik unlängst im Fachblatt „Nature Climate Change“.

Die Notfallrhetorik würde jedoch dazu führen, dass „vorschnell Klimanotfälle erklärt würden, was politisch gefährliche Konsequenzen haben könnte“, meinen die Experten. Im schlimmsten Fall könnte sie als Rechtfertigung für künstliche Eingriffe ins Klima dienen („Geoengineering“) oder für autoritärere Formen der Regierungsführung und Regulierung verwendet werden.

Grundlegende Klimawandelvorhersagen ohne Katastrophenfristen hingegen haben sich als plausibel erwiesen: Den Anstieg der globalen Durchschnittstemperatur und des Meeresspiegels haben die Wissenschaftler in ihren Prognosen vor 30 Jahren in ihrem ersten UN-Klimareport nur leicht überschätzt. Es gibt immer neue Temperaturrekorde: 2020 dürfte das global wärmste Jahr gewesen sein seit Beginn der Messungen Ende des 19. Jahrhunderts. Die UN-Klimaberichte dokumentieren nachvollziehbar allerlei Risiken, die mit der globalen Erwärmung einhergehen. Als problematisch hingegen erwiesen sich andere Vorhersagen.

2020 lief nicht nur die Fälligkeit für die WBGU-Warnung ab, die in der „Tagesschau“ 1995 vermeldet wurde. Vor allem Organisationen, die mit Umweltproblemen ihre eigene Bedeutung unterstreichen können, haben frühzeitig die Klimawarnungen entdeckt. 2004 mahnte das US-Verteidigungsministerium, der Klimawandel würde Konflikte in der Welt anheizen: Es drohten Kriege mit Atomwaffen, „verbreitet Aufstände“, „Megadürren“ und Hungersnöte; Großbritannien könnte bis 2020 „sibirisches Klima“ drohen, warnte das Ministerium. Der Alarm erhielt weltweites Medienecho, hat sich aber nicht ansatzweise erfüllt. Gleiches gilt für den Report „Klimawandel und seine Folgen für den Tourismus“, den Klimaforscher der Universität East Anglia 1999 im Auftrag der Umweltorganisation WWF erstellt hatten. Der Bericht sagte beispielsweise Spanien bis 2020 grassierende Malaria voraus – weit gefehlt.

### *Von einem Verschwinden sind wir weit entfernt*

Politiker nutzten den Katastrophenterminismus, um die Wähler von ihren Zielen zu überzeugen. „Im Jahr 2020 wird es keinen Gletscher mehr auf der Zugspitze geben!“, rief Angela Merkel 2007 laut „taz“ den Delegierten auf dem Dresdener CDU-Parteitag im November zu. Zwar ist das Eis auf dem Berg stark geschmolzen, aber aktuelle Zahlen zeigen noch mehr als 330.000 Quadratmeter Gletscher auf der Zugspitze. Auch das Verschwinden des Gletschereises auf dem Kilimandscharo hatten Wissenschaftler fälschlicherweise bis 2020 in einer Studie in „Science“ aus dem Jahre 2002 vorhergesagt. Das sommerliche Meereis in der Arktis hätte eigentlich ebenfalls schon verloren gegangen sein müssen, so wurde es vielfach prophezeit. Manche Forscher glaubten, es würde 2013 so weit sein, andere 2016. Die globale Erwärmung hat das sommerliche Meereis in der Arktis zwar erheblich dezimiert, doch von einem Verschwinden ist es selbst im Sommer weit entfernt.

Die Sorge, auf übertriebene Katastrophenprognosen angesprochen zu werden, muss niemand haben: Vorhersagen geraten üblicherweise in Vergessenheit. Die Unverfänglichkeit verführt zu kuriosen Bekräftigungen selbst abstruser Weissagungen. Der Wissenschaftsberater von US-Präsident Barack Obama, John Holdren, sagte 1986 vorher, dass 2020 eine Milliarde Menschen aufgrund von Hungersnöten wegen des Klimawandels sterben würden. Obwohl nichts auf das Eintreten seiner Prognose hindeutete, bekräftigte er 2009 bei einer Anhörung vor dem US-Senat seine Warnung: „Es könnte passieren“, sagte Holdren auf die Frage, ob er zu seiner Aussage von 1986 stünde. „Eine Milliarde 2020?“, hakte der befragende Senator nach. „Es könnte sein“, sagte Holdren. Tatsächlich ging die Zahl hungernder Menschen deutlich zurück, obwohl die Weltbevölkerung sich erheblich vergrößert hat.

Dramatische Warnungen vor Hunger und Durst kamen auch von Wissenschaftlern. Bis 2020 würden 75 Millionen bis 250 Millionen Menschen wegen des Klimawandels unter erschwertem Zugang zu Trinkwasser leiden, sagte der UN-Klimarat 2007 in seinem vierten Bericht vorher. Medien hatten die Warnung sogar auf Deutschland bezogen. „Nach Aussagen der UN wird Deutschland bis 2020 zu den wasserkritischen Regionen der Welt gehören“, zitierte ein Forschungsbericht eine ZDF-Sendung von 2007.

Sieben Jahre später kassierte der UN-Klimarat seine Prognose: „Die Feststellungen im vierten Klimareport über eine Zunahme von Dürren waren wahrscheinlich übertrieben“, korrigierte sich der Klimarat 2014 im fünften UN-Klimareport nach guter wissenschaftlicher Praxis. Tatsächlich haben immer mehr Menschen Zugang zu Trinkwasser, obwohl sich die Weltbevölkerung rapide vergrößert hat, was zusammen mit dem Klimawandel Konflikte ums Wasser den Prognosen zufolge eigentlich hätte verschärft haben sollen.

Ein beliebtes Thema von Klimakatastrophenbeschwörern waren stets „Klimaflüchtlinge“. Das UN-Umweltprogramm hatte 2005 bereits 50 Millionen Klimaflüchtlinge bis 2010 vorhergesagt. Nachdem sie nicht eingetreten waren, erwarteten Forscher die 50 Millionen bis 2020. Ein Bericht des EU-Parlaments zum

Thema aus diesem Jahr kritisiert die „alarmistischen Stimmen“. Derartige Schätzungen von Klimaflüchtlingen hätten sich „als problematisch erwiesen, sie fußen auf einem vereinfachten Verständnis“, es mangle ihnen „an grundlegenden Qualitätskriterien“, heißt es in dem Bericht. Die Zahl von Klimaflüchtlingen lasse sich kaum bestimmen, es fehle an Daten und Methoden.

Doch selbst Prognosen vom klimabedingten Zusammenbruch von Staaten gehören zum Standardarsenal. Ein Direktor des Umweltprogramms der Vereinten Nationen mahnte bereits 1989, „ganze Nationen könnten im Jahr 2000 ausradiert sein durch den Anstieg des Meeresspiegels“. Die Welt hätte „noch ein Fenster von zehn Jahren“, um das Klimaproblem zu lösen. Danach würde es außer Kontrolle geraten.

Die Behauptung von verbleibenden Zeitfenstern zum Handeln gegen die Klimakatastrophe kritisierte die Forschergruppe um Geden und Hulme in ihrem Aufsatz in „Nature Climate Change“. Solche Prognosen seien „ein fundamentales Problem“, sie drohten die Glaubwürdigkeit der Klimaforschung zu untergraben. Die Folgen des Klimawandels ereigneten sich wahrscheinlich nicht sprunghaft, sondern „langsam und graduell“ – eine Desasterschwelle zu suggerieren sei irreführend. Doch der „Countdown“ zur Klimakatastrophe ist spätestens seit den 70er-Jahren fundamentales Werkzeug der Klimawandelkommunikation. „Noch zehn Jahre Zeit“, um zu handeln, blieben angeblich 2006, nur noch acht Jahre waren es 2007, nur noch 100 Monate blieben angeblich 2008.

#### *Der UN-Klimarat hätte einschreiten müssen*

Nach Ablauf all dieser Fristen veröffentlichte der UN-Klimarat 2018 einen Sonderbericht, der warnte, dass die globale Erwärmung 2030 die Schwelle von 1,5 Grad überschritten haben könnte. Medien weltweit griffen das Szenario auf. Ihre Schlagzeilen lauteten, es blieben nur noch zwölf Jahre bis zur Katastrophe 2030. Der UN-Klimarat hätte einschreiten müssen gegen die Art der Berichterstattung, kritisieren Geden, Hulme und ihre Mitautoren.

Doch der Rat blieb still. Er nimmt auch hin, dass „Klima-Uhren“ verbreitet werden, die Klimawandel-Countdowns herunterzählen. Eine Uhr läuft in sieben Jahren ab, sie soll das verbliebene Budget an Treibhausgasen anzeigen, die noch in die Luft gelangen dürfen bis zum Überschreiten von 1,5 Grad. „Vom Standpunkt der Kommunikation her betrachtet erscheint die Methode verständlich“, schreibt die Gruppe um Geden und Hulme. Das Ausgeben immer neuer Fristen sei aber „gleichzeitig ineffektiv und selbstzerstörerisch“. Unterstützung erhalten sie von dem Klimaforscher Myles Allen von der University of Oxford, der maßgeblich an dem UN-Klimabericht von 2018 mitgearbeitet hat: „Hört auf zu behaupten, etwas Schlimmes würde 2030 passieren“, fordert er. Was würden Alarmierte denken, wenn das prophezeite „Armageddon“ 2030 nicht einträte, fragt Allen.

Es gebe keine Schwelle zur Klimakatastrophe, der Wandel komme schleichend, sagt Allen: Jedes Jahr, in dem der Treibhausgasausstoß nicht gestoppt würde, verstärke sich die globale Erwärmung mit all ihren Risiken. Die verheerenden Waldbrände dieses Jahr in Kalifornien etwa scheint der Klimawandel verschärft zu haben, weil er wohl die Trockenzeit in der Region verlängert hat. So hatten es Klimaforscher

prophezeit. Angesichts der Inflation an Fehlprognosen lassen sich plausible Vorhersagen aber kaum noch verlässlich identifizieren.

[https://www.welt.de/debatte/kommentare/plus223550524/Klima-Das-waren-die-Fehlprognosen-fuer-2020.html?cid=socialmedia.facebook.shared.web&fbclid=IwAR2W\\_APa4jTG2vnCiindy8r-hQYYINrE3SYzASwSdUthDYdwJuN3kgGhSx4](https://www.welt.de/debatte/kommentare/plus223550524/Klima-Das-waren-die-Fehlprognosen-fuer-2020.html?cid=socialmedia.facebook.shared.web&fbclid=IwAR2W_APa4jTG2vnCiindy8r-hQYYINrE3SYzASwSdUthDYdwJuN3kgGhSx4)